Rundbrief 02 / 15

attac

## Globaler Aktionstag zeigt:

# TTIP ist nicht durchsetzbar!




## Inhalt



Am 18. April hatte Attac, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen unter dem Motto „Mensch und Umwelt vor Profit" in der ganzen Welt zum globalen Aktionstag gegen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen aufgerufen. Gegen TTIP, CETA, TiSA und Co. und für eine andere soziale und ökologische Handelspolitik gingen weltweit viele Menschen auf die Straße, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Der 18. April war ein deutliches Zeichen dafür, dass immer mehr Menschen gegen eine Handelspolitik, die im Interesse großer Konzerne und Investoren betrieben wird, aktiv werden, sich gemeinsam dagegen wehren und diese Abkommen verhindern wollen. In Deutschland gab es in über 160 Städten über 230 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen – an den meisten waren Attac-Gruppen beteiligt. Allein in München demonstrierten mehr als 23.000 Menschen. Weltweit waren es über 750 Aktionen auf allen Kontinenten. Dies ist ein deutliches Signal an die Politik, endlich diese Verhandlungen zu beenden.

Es ist uns in eineinhalb Jahren gelungen eine öffentliche Debatte zu organisieren, die nun auch in den Medien ihren Widerhall findet. Durch Kampagnen, die die Auswirkungen auf unser unmittelbares Lebensumfeld beschreiben, wird Handelspolitik begreifbar. So hat das internationale Attac-Netzwerk im letzten Jahr das Projekt „TTIP-freie Kommunen" in mehreren europäischen Ländern gestartet. In Deutschland haben inzwischen 200 Städte, Gemeinden und Landkreise kritische Stellungnahmen zu TTIP, CETA und dem Dienstleistungsabkommen TiSA verabschiedet. KommunalvertreterInnen aus den unterschiedlichsten politischen Lagern begreifen die fatalen drohenden Auswirkungen, wenn sie sich mit den Verträgen beschäftigen. Sie befürchten eine massive Einschränkung ihrer kommunalen Selbstverwaltung.

Diese Erfolge sollten uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Freihandelsbefürworter nicht aufgeben. So starten Lobbyisten wie BDI, „Neue Soziale Marktwirtschaft" und andere in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der deutschen Bundesregierung Kampagnen, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung wieder zu dominieren. Nachdem die Versprechen großer Wachstums- und damit verbundener Arbeitsplatzgewinne durch TTIP fast nur noch als Märchen beschrieben werden, versuchen sie der Öffentlichkeit weis zu machen, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen von dem Abkommen profitieren würden. Dabei haben gerade „Freihandelsabkommen" wie NAFTA gezeigt, dass solche Abkommen zu einer erhöhten Standortkonkurrenz, zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu einem verschärften Druck auf die Löhne führen.

Wir haben also noch allen Grund, mit vielfältigen Kampagnen und Aktionen die öffentliche Debatte im Sinne einer völlig anderen, einer demokratischen, sozialen und ökologischen Wirtschafts- und Handelspolitik, mit zu gestalten. Als einen nächsten Schritt planen wir, in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, für den 10. Oktober eine große Demonstration in Berlin.

**Roland Süß**, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/ttip

# Blockupy – Eskalationen außerhalb des Konsens

## Im März demonstrierten über 20.000 Menschen in Frankfurt gegen die Europäische Zentralbank

Am 18. März hat das Bündnis Blockupy anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einem Aktionstag nach Frankfurt am Main aufgerufen – mit großem Erfolg: 25.000 Menschen aus ganz Europa demonstrierten gegen die EZB und die Krisenpolitik der EU. Leider wurde die erfolgreiche Mobilisierung in der öffentlichen Wahrnehmung von Bildern von brennenden Barrikaden und Autos überschattet. Werner Rätz, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis, hat sich von Anfang an im Blockupy-Bündnis engagiert.




Foto: Stephanie Handtmann

**Welche Ziele hatte der Aktionstag und welche Aktionen waren geplant?**
Das Bündnis hatte zur Blockade der EZB bzw. ihrer Eröffnungsfeier ab morgens früh um sieben Uhr aufgerufen. Im Vorfeld hatte die EZB selbst ihre Veranstaltung auf eine Minigröße heruntergestuft und zuletzt auch die meisten Journalisten ausgeladen, so dass ein erster Erfolg des Blockadeaufrufs schon vor deren Beginn zu verzeichnen war. Parallel zur Blockade fanden Mahnwachen über die Stadt verteilt statt, die versammlungsrechtlich angemeldet und bestätigt waren, ebenso eine dreistündige Kundgebung ab 14 Uhr auf dem Römerberg. Abschluss war die Demonstration ab 17 Uhr. Zusätzlich hatte der Frankfurter DGB zu einer Demo hin zur EZB für 12 Uhr aufgerufen.
Alle Aktionen dienten der Kritik am Krisenregime der Europäischen Union im Allgemeinen und der Rolle der EZB darin im Besonderen. Speziell der Umgang mit der neuen griechischen Regierung hatte in den letzten Wochen deutlich gemacht, wie notwendig diese Kritik gerade in Deutschland ist, wenn denn jemals eine Wende weg von der Verarmungspolitik hin zu wirtschaflichem und sozialem Aufbau in der EU geschafft werden soll.

**Wie kommt in einem so heterogenen Bündnis ein Aktionskonsens von Verdi bis zur Interventionisitischen Linken, von Griechenland bis Schweden zustande?**
In der Tat, das Bündnis war internationaler und breiter als zuvor. In der Region gab es eine deutlich verstärkte Beteiligung von GewerkschafterInnen; gleichzeitig war die linksradikale Mobilisierung auch über die direkt beteiligten Spektren (Interventionistische Linke und Ums Ganze) stärker geworden. Trotzdem war die Erfahrung der Vorjahre ausschlaggebend. Da hatte man sich kennen gelernt und es war in Aktionen, die unter massiver staatlicher Repression standen, Vertrauen gewachsen. Der Aktionskonsens lautet sehr knapp zusammengefasst, dass wir Demonstrationen und ungehorsame Aktionen wollen, in denen wir keine Menschen gefährden, von denen keine Eskalationen ausgehen und an denen alle, auch Menschen mit wenig Blockadeerfahrung, teilnehmen können. Alle Strömungen des Bündnisses hatten sich darauf festgelegt, alle Aktionen gemeinsam in dieser Weise zu gestalten.

**In Attac haben die Ausschreitungen am Rande des Aktionstages für viel Unverständnis gesorgt. Wie geht Ihr mit den Aufrufen um, Euch von den „Gewaltbereiten" zu distanzieren?**
Die Attacies, die im Bündnis beteiligt waren, haben gemeinsam mit allen anderen sofort selbst öffentlich festgestellt, dass Aktionen außerhalb des Konsenses stattgefunden haben, die keinesfalls zu tolerieren sind. Auf einer Pressekonferenz am Mittag des 18. März hat Blockupy dies auch öffentlich gesagt, am 19. nochmals wiederholt. Ebenfalls am 19. hat Attac in einer News sehr deutliche Worte zur Kritik dieser Aktionen gefunden (www.attac.de/blockupy-2015). Es hat also nie einen Zweifel an der Einschätzung der Vorgänge geben können: Angriffe auf Menschen, das Abbrennen von Familienkutschen, die Zerstörung kleiner Geschäfte gehen gar nicht, und auch brennende Barrikaden gehören keinesfalls zum Konsens des Bündnisses.
Trotz dieser eindeutigen Positionierung nutzt die Gegenseite die Situation zum frontalen Angriff auf Blockupy. Dabei spielt das magische Wort „Distanzierung" eine herausragende Rolle. „Nicht ausreichend" distanziert etwa habe sich Ulrich Wilken, der Anmelder der Nachmittagsdemo, sagen unisono CDU, SPD und Grüne, deshalb sei er als Vizepräsident des hessischen Landtages nicht mehr tragbar. Wilken hatte sein „Entsetzen" über die außerhalb des Konsenses liegenden Aktionen ausgedrückt. Es geht gar nicht um die eingenommene Position, sondern darum, dass die Geger von Blockupy und Befürworter des aktuellen Krisenmanagements die Chance wittern, das Bündnis zu spalten, indem sie bestimmen, was eine „ausreichende" Distanzierung ist. Dagegen wehren sich BlockupyaktivistInnen, auch in Attac, zu recht.

**Ist das Blockupy-Bündnis durch die große Mobilisierung gestärkt worden, oder wird der gebrochene Aktionskonsens für interne Konflikte sorgen?**
Der Konsens wurde nicht gebrochen, alle am Bündnis Beteiligten haben ihn eingehalten. Aber es gab Akteure, die von vorne herein außerhalb standen und ihn nicht beachtet haben. Das ist im europäischen Rahmen normal, trotzdem wird es Aufgabe des Bündnisses sein, künftig seine Aktionen vor solcher Enteignung durch Dritte zu schützen. Dabei ist der Mobilisierungserfolg sicher eine Hilfe, ebenso die große europäische Aufmerksamkeit für die Proteste in Deutschland.

Interview: **Lena Bröckl**

# Das letzte Aufgebot

## Die TTIP-Strategien der EU und der USA bringen uns einer neuen Blockkonfrontation näher




Seit sich der angebliche Nutzen von TTIP & Co für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Luft aufgelöst hat, hat das Argument Hochkonjunktur, mit TTIP könnten wir die globalen Spielregeln für Handel und Weltwirtschaft setzen. Hört sich erst einmal gut an, hat aber einen wesentlichen Haken: Diese Strategie funktioniert nur, wenn der Rest der Welt bereitwillig mitspielt und keine eigenen Strategien entwickelt. Aber warum sollten dies insbesondere die BRICS-Staaten China, Indien, Brasilien, Russland und Südafrika sowie andere große Schwellenländer tun?
Abgesehen davon, dass es auch unter den Gesichtspunkten von Demokratie und Gerechtigkeit sehr fragwürdig ist, wenn ein Wirtschaftsraum mit rund 800 Millionen Menschen die Regeln für die restlichen rund 6,5 Milliarden Menschen festlegt – realitätstüchtig ist eine solche Strategie ebenfalls nicht.
Die größten Wachstumspotentiale liegen heute in den Schwellenländern mit großen Binnenmärkten. Mit dieser gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung ist auch das politische Selbstbewusstsein gewachsen. Die Süd-Süd-Kooperation hat zugenommen, im Jahr 2014 wurde sogar eine eigene BRICS-Entwicklungsbank gegründet. Darauf mit TTIP in Form eines „letzten Aufgebots" der alten Wirtschaftsmächte zu reagieren, zeugt von einer gefährlichen Naivität. Naiv, weil ein Konflikt mit den künftig wichtigsten Absatzmärkten ökonomisch keine wirklich kluge Strategie ist und gefährlich, weil damit einer neuen Blockkonfrontation und politisch-militärischen Eskalation – diesmal vor allem mit China – Vorschub geleistet wird.
In der U.S.-Diskussion waren TTIP und das pazifische Gegenstück Trans-Pacific Partnership (TPP) von Beginn an Teil einer neuen Eindämmungsstrategie gegen China, später im Zuge der Ukraine-Krise auch gegen Russland. So formulierte es auch Präsident Obama im Januar dieses Jahres in seiner Rede an die Nation: „Doch während ich zu Ihnen spreche, will China die Regeln für die am schnellsten wachsende Region der Welt aufstellen. Und das hätte Nachteile für unsere Arbeitnehmer und unsere Unternehmen. Warum sollten wir das zulassen? Wir sollten die Regeln aufstellen."
In Europa gewinnt dieser Aspekt in der öffentlichen Diskussion erst in letzter Zeit größere Bedeutung. Im Dezember 2014 hat der CDU-Bundesparteitag TTIP gar in den Kontext der NATO gerückt: „Das Freihandelsabkommen muss neben der NATO die zweite Säule der transatlantischen Partnerschaft werden und zügig und zielorientiert weiter verhandelt werden."
Manche Befürworter wollen in der öffentlichen Diskussion mit der Behauptung Druck machen, ohne TTIP würden die USA die globalen Regeln gemeinsam mit China festlegen – angesichts der klaren US-Strategie zur Eindämmung Chinas ist das eine absurde Drohung. Die beste Strategie für Europa ist im Übrigen, nicht nur auf die USA zu schauen, sondern selbst solidarische und nachhaltige Beziehungen zu den wesentlichen Zukunftsmärkten auszubauen.
Das Argument der TTIP- und TPP-Befürworter, andere Staaten könnten sich später den Verträgen anschließen, wird von den BRICS-Staaten und weiteren Schwellenländern angesichts fehlender Gestaltungsmöglichkeiten wohl kaum als ernsthaftes Angebot angesehen werden. Dabei wäre es gerade eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben internationaler Politik, diese Länder in eine stabile internationale politische und ökonomische Struktur einzubinden. Allein von Liberalisierung und Deregulierung getragene neoliberale Konzepte stellen für Entwicklungs- und Schwellenländer kein attraktives Fortschrittsmodell mehr dar.
Wenn die beiden derzeit noch größten Wirtschaftsmächte USA und EU gemeinsam das Ziel verfolgen, dem Rest der Welt die Spielregeln für Welthandel und Weltwirtschaft vorzuschreiben, ist kein Schritt auf dem Weg zur Gestaltung der Globalisierung getan, sondern ein Schritt auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation. Statt TTIP und Co. brauchen wir globale Verhandlungen über soziale und ökologische Leitlinien der Globalisierung.

**Ernst-Christoph Stolper,** Sprecher Arbeitskreis Internationale Umweltpolitik des BUND

Zum Weiterlesen:
*Harald Klimenta, Maritta Strasser, Peter Fuchs u.a.*
**38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co.**
*Für einen zukunftsfähigen Welthandel*
*AttacBasisText 48*




25 Autorinnen und Autoren aus 18 gegen das Freihandelsabkommen aktiven Organisationen tragen 38 schlagkräftige Argumente vor, warum sie gegen TTIP, CETA & TiSA sind: Die Verträge sind nicht einmal teilweise zu retten! Das Buch ist gut strukturiert, leicht zu lesen und macht Mut, die Argumente in der Öffentlichkeit vorzutragen – und liefert Bausteine für Alternativen.
*96 Seiten, 7 EUR*

# Zwischenstand

## In Griechenland steht Syriza vor großen Herausforderungen

Der Wahlsieg der linken Syriza in Griechenland am 25. Januar erschütterte Europa. Medien und RegierungsvertreterInnen beschworen den nun drohenden Zusammenbruch, während zahllose Menschen die Wahl als Aufbruchsignal sahen: Endlich würde sich eine Regierung nicht mehr den Spardiktaten aus Brüssel und Frankfurt beugen und könnte so zu einem Modell für eine andere, bessere Politik werden.

Seitdem jagt im Wochentakt eine Deadline die nächste: Ständig steht die Pleite des Landes unmittelbar bevor, ständig müssen in last-minute-Verhandlungen ganz schnell Ergebnisse her. Von beiden Seiten wird dabei schnell und hoch gepokert und auch mal offen gedroht. Im Schatten der aufgeregten Schlagzeilen bleibt oft unklar, ob einzelne Vorschläge Substanz haben und ob sich in der Sache eine Annäherung ergibt.

Noch ist es sicher zu früh, um ein Urteil über Syriza zu fällen. Dennoch ist es für eine praktizierte „kritische Solidarität" mit der neuen Regierung wichtig, deren Handlungen und Versäumnisse nüchtern einzuschätzen und sie wo nötig zu kritisieren, ohne Unmögliches zu verlangen.

Nach drei Monaten gibt es einerseits klare Anzeichen dafür, dass die Regierung es mit dem versprochenen Wechsel ernst meint: Die kostenlose medizinische Versorgung von sozial Schwachen wurde ebenso beschlossen wie die Einbürgerung von Kindern von Einwanderern, die Abrüstung der Einsatzpolizei und die Abschaffung von Spezialgefängnissen. Auch sollen der zuvor gekürzte Mindestlohn bis Sommer 2016 schrittweise von 580 auf 751 Euro angehoben sowie entlassene LehrerInnen und die berühmten Putzfrauen wieder eingestellt werden.

Andererseits nehmen Kritik und Proteste an Tsipras und Co. zu, auch von altgedienten Syriza-Mitgliedern. Sie kritisieren vor allem, dass versprochene Reformen scheinbar auf die lange Bank geschoben werden: So ist die Haltung der Regierung zu Privatisierungen und dem Goldbergbau in Chalkidiki unklar, und eine Mehrheit am Hafen von Piräus soll nun entgegen vorheriger Versprechen doch an China verkauft werden. Auch der Kampf gegen Korruption und Steuerflucht kommt langsamer voran als erhofft, und für Empörung sorgte jüngst die plötzliche Räumung eines besetzten Athener Universitätsgebäudes.

Trotz des starken Gegenwinds scheint Syriza jedoch in zentralen Fragen „standhaft" zu bleiben: Aktuell weigert sich die Regierung, die von den Kreditgebern als Bedingung für die Auszahlung der letzten ausstehenden Tranche aus dem bestehenden Programm geforderten „Reformen" umzusetzen – namentlich eine weitere Senkung der Renten, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Privatisierungen. Um ihre linken KritikerInnen zu überzeugen, muss die Regierung zeitnah konkrete Fortschritte bei der Linderung der humanitären Not und der Bekämpfung der verbreiteten Steuer„vermeidung" vorweisen. Gleichzeitig muss sie weiterhin eine grundsätzliche Abkehr von der fatalen EU-Austeritätspolitik fordern und Alternativen propagieren. Wenn das gelingt, wird das Syrizas programmatischen Ideen zusätzliches Gewicht verleihen. Das würde nicht nur Athens Verhandlungsposition deutlich verbessern, sondern auch die Wahlchancen der Linken in Spanien und Portugal im Herbst.

Interessanterweise hat sich der politische Diskurs in der EU etwas verschoben. Natürlich kann der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble bisher vertretene Positionen nicht einfach aufgeben. Trotzdem ist in diesem Zusammenhang auch „Steuerflucht" plötzlich ein zentrales Thema, sogar für CSU-Politiker – während zuvor behauptet wurde, eine Verbesserung der Haushaltslage sei nur durch Entlassungen und Kürzungen erreichbar. Auch die existenzielle Not vieler Menschen in Griechenland wird zögernd anerkannt und damit auch die Notwendigkeit, diesen zu helfen. Die zunächst bemühte Behauptung „Syriza würgt den beginnenden Aufschwung ab" überzeugte nicht, stattdessen setzt sich die Lesart durch, dass das Land seit Jahren überschuldet ist. Und die Forderung nach Reparationszahlungen aus Deutschland lässt sich inzwischen nicht mehr ignorieren.

Die vor allem von der deutschen Regierung vertretene Austeritätspolitik ist gescheitert. Politik und Medien können deren desaströse Folgen nicht länger ausblenden. Angesichts der andauernden Rezession in der Eurozone dürfte die Kritik auch aus unerwarteter Richtung wie Wirtschaftsverbänden oder wirtschaftsnahen WissenschaftlerInnen zunehmen.

Dies zeigt die Richtigkeit der Attac-Forderungen nach einer europäischen Schuldenkonferenz zur Streichung illegitimer oder nicht tragfähiger Schulden, nach einer drastischen Umverteilung durch eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe sowie nach Mindeststeuersätzen für Unternehmen und Vermögende. Soziale Mindeststandards für alle Menschen, eine strikte Kontrolle des Finanzsektors sowie eine nachhaltige Demokratisierung auf allen Ebenen sind nötiger denn je.




Foto: Stephanie Handtmann

Die Auseinandersetzungen um die EU-Krisenpolitik werden weiter an Schärfe zunehmen. Daher wurde auf dem Weltsozialforum in Tunis für Juni 2015 eine Aktionswoche beschlossen, an der sich auch Attac beteiligen wird.

Für einen Kurswechsel in der Politik – weg von der Austerität, hin zu einer solidarischen europäischen Gesellschaft – können gerade in Deutschland die sozialen Bewegungen einen wichtigen Beitrag leisten: über Bildungsarbeit, in Veranstaltungen, im Protest auf der Straße.

**Urs Kleinert**, Mitglied in der PG Eurokrise

# Kurswechsel

## In Spanien könnte Podemos im November zur stärksten politischen Partei werden




Foto: fotosdecamisetas/flickr.com

Seit dem Amtsantritt der Syriza-Regierung in Athen erleben wir, mit welcher Härte die Eurogruppe und die Bundesregierung, insbesondere durch Finanzminister Schäuble, jegliche Diskussion über das Scheitern der Austeritätspolitk ablehnt. Stattdessen verteidigen sie diese Politik unverändert, ohne Rücksicht auf deren soziale und wirtschaftliche Folgen in den betroffenen Ländern.
Offensichtlich geht es darum, jeglichen Erfolg der Syriza Regierung zu verhindern, weil die WählerInnen in anderen betroffenen Ländern ansonsten ebenfalls „falsch" wählen könnten. Dies gilt vor allem für Spanien, wo Podemos bei den Wahlen im November 2015 zur stärksten politischen Kraft werden könnte. Damit würde in Spanien ein politischer Kurswechsel beginnen, der sich auch auf der europäischen Ebene auswirken dürfte. Wie kam es zur Enstehung von Podemos und wofür steht diese junge Partei?
Mit dem Ende der Franco Diktatur 1976 begann für die Mehrheit der SpanierInnen eine Zeit anhaltender wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen. Dies änderte sich mit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 grundlegend. Auf Druck der EZB und des IWF reagierte die spanische Regierung 2010 auf die Krise mit einem Programm sozialer Kürzungen in bis dahin unbekanntem Ausmaß.
Die Arbeitslosenquote bewegt sich seitdem bei 25 Prozent, für die Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren beträgt sie 53 Prozent. Von den Arbeitslosen erhält nur noch rund die Hälfte Arbeitslosengeld. In circa 750.000 der spanischen Haushalte gibt es niemanden mehr, der überhaupt noch irgendein Einkommen erzielt. Sie sind tatsächlich auf Almosen angewiesen.
Diese sozialen Einschnitte sowie zahlreiche Fälle von Korruption und krimineller Bereicherung durch die Eliten führten am 15. Mai 2011 in zahlreichen spanischen Städten zu Protesten und der Errichtung von Camps auf öffentlichen Plätzen. So entstand die Bewegung, die als M15 oder Indignados (Empörte) bekannt wurde. Sie entwickelte neue, basisdemokratische Formen des sozialen Protests und trug diesen in die Öffentlichkeit.
Inzwischen haben sich daraus landesweit vernetzte Strukturen entwickelt, die vor allem bei der Verteidigung der Rechte und Leistungen im Gesundheits- und im Bildungswesen aktiv sind, aber auch beim Kampf gegen die über eine halbe Million Verfahren zur Zwangsräumung von Wohnungen, deren BewohnerInnen ihre Raten nicht mehr bezahlen können.
Allerdings gelang es der Protestbewegung nicht, die von ihr offen gelegte Systemkrise für eine nachhaltige Änderung der Kürzungspolitik zu nutzen. Teile der Bewegung zogen daraus die Konsequenz, sich gezielt auf die parlamentarische Ebene einzulassen. Im Januar 2014 erschien der überwiegend von linken Intellektuellen unterzeichnete Aufruf zur Gründung von Podemos; bereits bei den Wahlen zum europäischen Parlament im Mai gelang es, 8 Prozent der Stimmen und damit 5 Sitze zu gewinnen.
Als wichtiger Erfolgsfaktor galt von Beginn an die Mitwirkung von Persönlichkeiten mit medialer Ausstrahlung. Dem entsprach, dass als Gesicht von Podemos der 36-jährige Professor für Politikwissenschaft, Pablo Iglesias, präsentiert wurde. Er ist in Spanien durch Auftritte in zahlreichen Talkshows und mit eigenen TV-Programmen bekannt geworden. Auffallend ist, dass neben der Führung auch die AktivistInnen der Basis verhältnismäßig jung sind.
Die Basis der Organisationsstruktur sind so genannte circulos (Zirkel). Auf regionaler und staatlicher Ebene erfolgt die Willensbildung durch Bürgerversammlungen und durch Koordinierungs- und Kontrollgremien. Zur Diskussion und bei Abstimmungen werden häufig auch telematische Verfahren wie Internet oder Apps verwendet, um eine möglichst breite Beteiligung der Mitglieder zu erreichen.
So entstand auch das Parteiprogramm. Dieses fordert insbesondere die Demokratisierung der Gesellschaft, den Bruch mit der Austeritätspolitik der Troika und die Verteidigung der sozialen Errungenschaften. Allerdings gibt es dafür kein eindeutiges ökonomisches und soziales Konzept, auch in anderen Punkten wirkt das Programm eher unfertig. Dies wird jedoch nicht als Problem gesehen, sondern als notwendige Offenheit, die es erlaubt, die Demokratisierung und den Umbau der Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen als gesellschaftlichen Prozess zu organisieren, an dem möglichst viele teilnehmen sollen.
Inwieweit diese ideologische Offenheit und die Bereitschaft, sich in Sprache und Forderungen an die Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung anzupassen, erfolgreich sein kann, dürfte sich bereits am 24. Mai bei den Kommunal- und Regionalwahlen zeigen, spätestens aber bei den Parlamentswahlen im November. Die Altparteien und die von ihnen weitgehend kontrollierten Medien haben wegen der guten Umfragewerte von Podemos die Bedrohung erkannt und bemühen sich bereits nach Kräften, diese neue politische Kraft zu diffamieren.

**Hermann Mahler,** Mitglied im Attac-Rat, AG Jenseits des Wachstums und PG Eurokrise



„Bundestag wird Shopping-Mall", Foto: Helga Reimund



„Pappnasen Rotschwarz", Foto: Jo Firmenich

# Rückblick

5. Februar 2015

### Bundestag wird zur Shopping-Mall umgebaut

Wenn TTIP kommt, kann die Demokratie einpacken. Mit den Schiedsgerichten und dem regulatorischen Kooperationsrat würden Konzerninteressen per Vertrag Vorrang vor der politischen Willensbildung erhalten. Die ParlamentarierInnen könnten heimgehen, und der Bundestag könnte marktkonform zur Shopping-Mall umgebaut werden. Um auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, stellen Attac-Aktive ein entsprechendes Bauschild vor dem Bundestag auf.

11. Februar 2015

### Premiere des Films „Wer rettet wen?"

Attac gehört zum Unterstützerkreis des Films „Wer rettet wen?" der FilmemacherInnen Leslie Franke und Herdolor Lorenz, der am 11. Februar in hunderten Kinos Premiere feiert. Der Film zeigt, dass es bei den so genannten Rettungsfonds für Griechenland, Spanien und Portugal nicht um Hilfe für die Bevölkerung geht. Die Hauptverdiener an den Krisen sind die Banken.
www.whos-saving-whom.org

16. Februar 2015

### Karnevalisten nehmen in Köln TTIP und den Freihandelswahn aufs Korn

Jecke Attac-Aktive und GlobalisierungskritikerInnen von den Pappnasen Rotschwarz nehmen beim Kölner Rosenmontagsumzug die neoliberalen Handelsverträge wie TTIP und CETA aufs Korn. Ihr Motto: „Su schäl Jeck? Nää, TTIP weg!"

21. Februar 2015

### Attac-Regionaltag im Nordosten Deutschlands

Beim Attac-Regionaltag in Potsdam kommen Aktive und neu Interessierte aus Nordostdeutschland zusammen, um sich zu informieren und auszutauschen. Im Einstiegsreferat wird die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Krisenpolitik beleuchtet. In diversen Workshops geht es um das Handwerkszeug für die politische Arbeit.

3. März 2015

### TTIP-Resolution: 375 Organisationen machen Druck auf EU-Abgeordnete

Mit einem offenen Brief machen 375 europäische Organisationen, darunter Attac, aus mehr als 20 EU-Ländern Druck auf die Europa-Abgeordneten. Sie fordern „TTIP und gleichartige Handels- und Investitionsabkommen abzulehnen, die fundamentale Grund- und Freiheitsrechte bedrohen, welche in langen demokratischen Kämpfen errungen wurden."
www.t1p.de/German-MEP-letter

18. März 2015

### Attac-Aktive bei Blockupy: „My Big Fat Greek Solidarity"

Am Tag der Eröffnungsfeier des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) im Frankfurter Osten umzingeln und blockieren 6000 Menschen trotz massiven Polizeieinsatzes am Vormittag die EZB. Obwohl sich die große Mehrheit der Protestierenden an den vereinbarten Blockupy-Aktionskonsens hält, kommt es zu Ausschreitungen. Das Blockupy-Bündnis wird von der Eskalation überrascht, diese war weder verabredet noch vorbereitet. Dennoch strömen die Menschen am Mittag zur Kundgebung auf dem Römer. Dort spricht u.a. die kanadische Schriftstellerin und Globalisierungskritikerin Naomi Klein. Am Abend nehmen 25.000 Menschen an der bunten Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt teil und tun lautstark und friedlich kund, dass sie die deutsche Krisenpolitik ablehnen und ein anderes Europa wollen. PassantInnen lassen sich vor der mobilen Attac-Fotowand mit der Aufschrift „My Big Fat Greek Solidarity – Schuldenschnitt jetzt!" fotografieren.
www.attac.de/blockupy

24. bis 28. März 2015

### 50.000 Menschen aus 121 Ländern bei Weltsozialforum in Tunis

Vier Tage lang diskutieren nahezu 50.000 Menschen aus 121 Ländern in mehr als tausend Seminaren, Workshops und Konferenzen ihre Erfahrungen im Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung und Alternativen. Das europäische Attac-Netzwerk leistet mit zahlreichen Veranstaltungen zum Widerstand gegen die Austeritätspolitik, gegen TTIP und für mehr Klimagerechtigkeit einen aktiven Beitrag. Zum Abschluss zieht ein bunter Demonstrationszug durch Tunis. Am Rande des Forums trifft sich das globale Attac-Netzwerk; vertreten sind Attac-Gruppen von Japan bis Kanada und von Oslo bis Lomé.

10. bis 12. April 2015

### Konferenz „Kampf ums Klima" in Köln

Die Konferenz „Kampf ums Klima", mit veranstaltet von Attac, startet mit einem Grußwort von Naomi Klein. Zentrale Themen sind Klimagerechtigkeit, Energiedemokratie, Rohstoffnutzung und Klimabewegung. Insbesondere die für Ende des Jahres in Paris einberufene UN-Klimakonferenz, kurz COP 21, wird kritisch in den Blick genommen.
www.kampfumsklima.org

11. und 12. April 2015

### Attac-Ratschlag diskutiert Wachstumskritik

Beim Frühjahrsratschlag in Bremen steht der neue Attac- Schwerpunkt: „Wachstumskritik: globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden" im Zentrum der Debatte. Der Ratschlag ist das Basistreffen von Attac. Im Frühjahr liegt der Schwerpunkt auf Erfahrungsaustausch.

16. April 2015

### 200 Kommunen gegen TTIP, CETA und TiSA

Die geplanten Freihandelsverträge stoßen auch auf kommunaler Ebene zunehmend auf




„Blockupy“, Foto: Stephanie Handtmann



„TTIP-Aktionstag“, Tübingen

Widerstand: Allein in Deutschland haben inzwischen 200 Städte, Gemeinden und Landkreise kritische Stellungnahmen zu TTIP, CETA und TiSA verabschiedet – darunter elf Landeshauptstädte sowie die Millionenstadt Köln. Sie befürchten eine massive Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. Attac hat das Projekt „TTIP-freie Kommunen“ 2014 in mehreren europäischen Ländern gestartet.

18. April 2015

**Weltweiter Aktionstag: Zehntausende protestieren gegen Freihandelsabkommen**

Von Stockholm bis Sidney, von Quebec bis Tokio: Beim globalen Aktionstag protestieren Menschen in 45 Ländern gegen TTIP, CETA, TiSA und Co. In Deutschland gehen Zehntausende gegen die Abkommen auf die Straße, allein in München demonstrieren 23.000 BürgerInnen. In Berlin bilden tausende eine Menschenkette von der Kanadischen Botschaft, an der US-Botschaft vorbei bis zur Vertretung der EU-Kommission. An den meisten der mehr als 230 Demos, Kundgebungen und Aktionen im Land sind Attac-Gruppen beteiligt. Weltweit sind es über 750 Aktionen auf allen Kontinenten. Sie alle sind sich einig: Die geplanten Freihandelsabkommen bilden einen Angriff auf soziale, rechtliche und ökologische Standards dies- und jenseits des Atlantiks und gefährden die Demokratie.

3. bis 12. Mai 2015

**Kul.tour stoppt TTIP, CETA und TISA**

Zum zweiten Mal kul.tourt Attac durch deutsche Städte, um prägnant, informativ, kulturell hintergründig und kreativ über die geplanten Freihandelsabkommen aufzuklären. Die BesigheimerInnen beispielsweise feiern ein Fest der kulturellen Vielfalt, in Augsburg symbolisiert die aufblasbare Skulptur „The TTIP“ das schwer greifbare und doch bedrohliche Wesen der internationalen Abkommen und am Alten Markt in Potsdam gibt es Livemusik und Tanz.
www.attac.de/kultour

# Ausblick

13. bis 17. Mai 2015

**Aktionsakademie in Felsberg bei Kassel: Kreativen Protest lernen**

Für alle, die es nicht nur bei politischen Diskussionen belassen wollen, sondern Lust und Mut haben, mit originellen und phantasievollen Aktionen auf die Straße zu gehen, ist die Attac-Aktionsakademie das Richtige. Hier gibt es neben neuen Ideen, Kontakten und anregenden Gesprächen auch Vorträge, Aktivismus, Party und Musik. Aktionsbeispiele: Straßentheater, Sambatrommeln, Klettern, Großpuppen oder Demo-Clownerie. Und was ist Adbusting? Nach Felsberg kommen und es herausfinden.
www.attac.de/aktionsakademie

3. und 4. Juni 2015

**Alternativgipfel zum G7-Treffen in den Alpen**

Die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Kanadas treffen sich auf Schloss Elmau in den bayerischen Alpen. Mit dem Gipfel der Alternativen in München soll die Kritik an der Politik der G7 in die Öffentlichkeit getragen werden. Als Alternativen werden ökonomische, ökologische, menschenrechtliche und friedenspolitische Ansätze vorgestellt und diskutiert. Am 4. Juni ist eine Demonstration gegen die G7-Politik und die Freihandelsabkommen TTIP, CETA TiSA & Co. durch München geplant. Dazu kommen Aktionen Zivilen Ungehorsams direkt am Gipfelort.
www.alternativgipfel.org

5. bis 9. August 2015

**Attac-Sommerakademie in Marburg**

Die Sommerakademie von Attac macht dieses Jahr in Marburg Station. Sie greift das Jahresthema „Wachstumskritik: globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“ auf und beschäftigt sich unter anderem mit folgenden Fragen: Wie hängen globale Armut, Umweltzerstörung und unser aktuelles Wirtschaftssystem genau zusammen? Wie könnten Lösungsstrategien aussehen? Wo soll Globalisierungskritik ansetzen? Die „Soak“ ist ein beliebter Sommertreff und bietet neben fachlichem Input und anregenden Diskussionen auch Aktionsspaß, Geselligkeit und Kultureinlagen.
www.attac.de/soak

14. bis 16. August 2015

**Massenaktion gegen Braunkohletagebau im Rheinland**

Ende Gelände – Kohlebagger stoppen, Klima schützen! Unter diesem Motto wollen KlimaaktivistInnen – darunter auch Attac-Aktive – aus Deutschland und einigen Nachbarländern in einer Aktion Zivilen Ungehorsams den dreckigsten und größten CO2-Verursacher Europas – die Tagebaue im rheinischen Braunkohlerevier – mit vielen niedrigschwelligen Aktionen lahmlegen. Die Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln und sich auch für Menschen ohne Protesterfahrung eignen.
www.ende-gelände.org/de/kontakt

10. Oktober 2015

**Großdemonstration gegen TTIP & Co. in Berlin**

Im Herbst tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase: Die Hauptverhandlungen mit den USA um TTIP stehen an. Der EU-Ministerrat bereitet seine Entscheidung über das Kanada-Abkommen CETA vor, das bereits fertig verhandelt ist. Anfang Oktober werden die Millionen Unterschriften der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative überreicht. Höchste Zeit, den Protest gegen die Abkommen bei einer großen Demonstration in Berlin auf die Straße zu tragen.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

### Menschen in Attac

# Geballte Frauenpower

## Katy und Annika Weber zeigen, wie es geht

Katy Weber, Inhaberin des KommunikationsBüros – BüroService & Mediation – ist Mediatorin, Kommunikationstrainierin und Kauffrau; ihre Tochter Annika ist Schülerin. Gemeinsam bilden sie ein „Powerteam" innerhalb von Attac – wir haben uns mit ihnen über ihr Engagement unterhalten.

**Ihr seid beide sehr aktiv innerhalb von Attac. Erzählt doch mal, wo mischt Ihr überall mit, und wie kam es dazu?**

**Annika:** Meine Mutter war ja schon immer politisch engagiert. Sie hat es geschafft, mir Inhalte so zu erklären, dass ich zum Beispiel schon mit acht Jahren die Flüchtlingspolitik verstanden habe. Sie hat sich Zeit genommen und mir mit einfachen Worten schwierige Sachverhalte erklärt. Die Schönheit der Politik bleibt ja vielen verborgen; durch meine Mutter habe ich das ganz anders kennen gelernt. Inzwischen bin ich in der Attac-Regionalgruppe auch als Delegierte aktiv und habe unser lokales Bündnis zum TTIP-Aktionstag mitgegründet. Außerdem engagiere ich mich auch bei solid; leider gibt es bei uns keine Basisgruppen. Dann habe ich noch eine „Jugendseite" bei einem Verlag und setze darüber oft politische Texte in die Zeitung. Mir ist es wichtig, auch andere für Politik zu begeistern.

**Katy:** Annika wollte mit 13 Jahren unbedingt zur Aktionsakademie, und ich habe mich überreden lassen. Jetzt bin ich selbst seit zwei Jahren in der Vorbereitungsgruppe der Aktionsakademie … Ich hatte früher Parteipolitik gemacht; um junge Menschen für Politik zu interessieren, haben Parteien aber oft viel zu verquaste Strukturen. Mir war immer schon ein Anliegen: Zu zeigen, dass Politik Spaß machen kann und dass es wichtig ist sich zu interessieren und sich einzumischen. Deshalb passt mir Attac so gut – bunt, aktivistisch, und auch mal weg von Hinterzimmerdiskussionen. Die holen niemanden hinter dem Ofen vor. Bei der Aktionsakademie habe ich gelernt mit Kreativität und viel Spaß politische Botschaften zu transportieren, das ist mir wichtig. Annika und ich inszenieren ja gelegentlich auch gerne mal spontanes Straßentheater … (lacht)

**Annika:** … im EDEKA an der Fleischtheke …

**Katy:** … lautstarke Diskussion darüber, warum man das Fleisch hier nicht kaufen kann, zum Beispiel. 2010 habe ich die Regionalgruppe Schwalm-Eder gegründet, bin dort auch seit zwei Jahren Sprecherin, Kassiererin und mittlerweile auch im Attac-Rat.

**Wie ist es denn für Euch, als Mutter-Tochter-Gespann politisch aktiv zu sein? Ist Euch das nicht auch manchmal zu viel?**

**Annika:** Erst einmal ist es total cool, so etwas








mit meiner Mutter gemeinsam machen zu können, manchmal ist es aber auch anstrengend. Wir haben uns wirklich schon oft vorgenommen, uns an unterschiedlichen Stellen zu engagieren. Wir landen dann (lacht) doch meistens in denselben Arbeitsgruppen – weil wir uns für ähnliche Themen interessieren (beide lachen).

**Katy:** Ich möchte es lieber lebhaft nennen. Wir brennen für die gleiche Sache und sind beide kommunikativ; natürlich fliegen da auch manchmal die Fetzen. Ich erlebe das meistens als bereichernd. Durch Reibung entsteht schließlich Wärme! Wir sind uns vertraut und kennen uns sehr gut. Bei Blockupy zum Beispiel sind wir seit 2012 immer zu zweit dabei und dann als Team unterwegs. Ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass meine Tochter solche Sachen mit mir zusammen erleben möchte.

**Wie habt Ihr Blockupy in diesem Jahr erlebt?**

**Annika:** Das Highlight war für mich ganz klar der friedliche, bunte, laute, tanzende Protest während der Demo. Eine Revolution, zu der ich nicht tanzen kann, ist eben nicht meine Revolution (lacht). Im Attac-Block war wie immer megagute Stimmung. Wir haben einfach gute Laune ausgestrahlt.

**Katy:** Am schlimmsten fand ich die Berichterstattung. Natürlich distanziere ich mich von Gewalt gegen Menschen, da gibt es für mich eine ganz klare Grenze. Aber ich kann die Wut nachvollziehen, die sich am Morgen bei den Blockaden entladen hat. Blockupy war international besucht, da waren auch viele junge Menschen aus Spanien, Griechenland, Italien – Ländern, die von der Krisenpolitik direkt betroffen sind. Dass die, bei über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in ihren Ländern, wütend sind, ist doch klar. Naomi Klein hat es für mich sehr gut auf den Punkt gebracht. An die EZB gewandt sagte sie: „Ihr zündet keine Autos an, ihr setzt die Welt in Brand." Ich möchte, dass über brennende Flüchtlingsheime oder ertrinkende Menschen im Mittelmeer berichtet wird statt über zerborstene Haltestellenscheiben; die Berichterstattung war aus meiner Sicht völlig unverhältnismäßig. Die Kriminalisierung von Protest nimmt spürbar zu. Inzwischen gilt man ja schon als radikal, nur weil man seine Meinung auf die Straße trägt und an einer Demo teilnimmt. Das macht mir fast ein bisschen Angst.

**Wenn Ihr Euch Euer Attac backen könntet – was würdet Ihr gern ändern?**

**Annika:** Ich glaube, es wäre wichtig, auch Gremienarbeit wie den Ratschlag für junge Leute attraktiver zu machen. In meiner Schule bin ich mit meinem politischen Engagement eher exotisch – das möchte ich verändern. Dafür wünsche ich mir offenere politische Diskussionen, auch auf unseren Ratschlägen.

**Katy:** Und ich wünsche mir mehr Frauen in Attac, auch auf den Podien! Zudem ist es meine Erfahrung, dass es für neue Leute nicht leicht ist, an die bestehenden Strukturen anzudocken; hier sollten wir den Einstieg auch in die Gremienarbeit erleichtern.

**Annika:** Dann sollten wir unsere Kommunikation und unsere Texte so formulieren, dass auch Menschen mit wenig Erfahrung und Interesse an Politik Lust bekommen sie zu hören oder zu lesen.

**Katy:** Ja, genau! Wir haben tolle Inhalte, Ideen und Gedanken; wenn wir noch mehr Menschen mit unseren Inhalten erreichen wollen, sollten wir Alternativen zum „Fach-chinesisch" bieten. Ich möchte unsere Texte, Flyer, Infomaterialien an ALLE Menschen verteilen können, ohne viel erklären zu müssen. Einen Flyer oder Text, den zu lesen ich erklären muss, hat für mich sein Ziel verfehlt.

**Annika:** Du hast Politik immer so runterbrechen können, dass ich das schon als Kind verstanden habe. So ähnlich sollten wir das in Attac auch machen.

Interview: **Jule Axmann**

# Frieden und aktive Solidarität

## 50.000 Menschen beim 12. Weltsozialforum in Tunis



Foto: Weltsozialforum



Foto: Regina Schleicher

Das 12. Weltsozialforum begann mit einem solidarischen Trauermarsch zum Bardo-Museum, wo nur wenige Tage zuvor ein blutiger Terroranschlag stattgefunden hatte. Und es endete am 28. März mit einer bunten optimistischen Demonstration durch die Innenstadt von Tunis. Vier Tage lang hatten rund 50.000 Menschen aus allen Kontinenten in mehr als 1000 Seminaren, Workshops und Konferenzen Erfahrungen in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung diskutiert und Alternativen entwickelt.
Auch zum 12. Mal gab es einen farbenfrohen Markt der Möglichkeiten, der Gespräche und Begegnungen von Menschen aller Hautfarben und jedes Alters, die den Zustand dieser Welt als ungerecht empfinden, ermöglichte.
Schwerpunkte der Debatten waren vor allem die erpresserische Handelspolitik der EU und der USA wie TTIP oder EPA, Migration und die Solidarität mit dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik in den Ländern der EU insbesondere in Südeuropa und schließlich der Krieg im Osten Europas.
Im Ergebnis zahlreicher Diskussionsveranstaltungen wurden zu genau diesen Themen auch konkrete Verabredungen getroffen. So beschloss eine Konvergenzversammlung eine umfassende Kampagne zur Unterstützung des Widerstands in Griechenland und Spanien, zu der eine Aktionswoche im Juni und eine Großveranstaltung im Herbst in Athen gehören. „Die Versammlung versichert ihre Solidarität mit der griechischen Bevölkerung in ihrem Kampf gegen Austerität, für soziale Veränderungen und für ein anderes Europa“, heißt es in dem Aufruf.
Ein Workshop zum Blutvergießen in der Ukraine machte das Unwahrscheinliche möglich: VertreterInnen aus den nach Unabhängigkeit strebenden Gebieten und aus der Hauptstadt Kiew kamen miteinander ins Gespräch und verfassten einen dramatischen Appell an die Kriegsparteien: „Legt die Waffen nieder!“
Mit zahlreichen Veranstaltungen zum Widerstand gegen die Austeritätspolitik, gegen TTIP und für mehr Klimagerechtigkeit hat auch das Europäische Attac Netzwerk einen sichtbaren Beitrag zu diesem Sozialforum geleistet.
Aus Deutschland nahmen rund 200 Menschen aus Gewerkschaften, Jugendorganisationen und entwicklungspolitischen Initiativen an den Veranstaltungen in Tunis teil. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung waren jeweils mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm beteiligt.
Es gibt keinen Zweifel: Mit diesen intensiven Begegnungen von politisch aktiven Menschen aus aller Welt und ihren Verabredungen zu gemeinsamen Alternativen hat das Weltsozialforum seine Berechtigung und seine Überlebensfähigkeit erneut bewiesen. Jetzt kommt es darauf an, die Erfahrungen und Verabredungen auch in praktisches Handeln umzusetzen.
Am Rande des Weltsozialforums fand in Tunis auch ein Treffen des globalen Attac Netzwerkes statt, an dem VertreterInnen von Attac-Gruppen von Japan bis Kanada und von Oslo bis Lomé teilnahmen. Neben einem lebhaften Erfahrungsaustausch führten sie eine intensive Diskussion um ein gemeinsames Programm, was diesen lockeren weltweiten Verbund von GlobalisierungskritikerInnen in Zukunft vielleicht sogar zu gemeinsamem Handeln befähigen könnte.
Das 13. Weltsozialforum soll schon im kommenden Jahr in Kanada, in Montreal, der Hauptstadt des französischsprachigen Quebec, stattfinden. Das beschloss der Internationale Rat des Weltsozialforums. Attac Quebec freut sich darauf, auch viele Freundinnen und Freunde aus Deutschland begrüßen zu können.

**Hugo Braun**, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

## Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

# Wissen, Aktion, Strategie für eine solidarische Welt!

## Attac-Sommerakademie vom 5. bis 9. August 2015

Die jährliche Sommerakademie von Attac Deutschland ist zentraler Treffpunkt für Neugierige, Jung und Alt, Attacies und alle, die sich mal etwas intensiver mit einzelnen Aspekten der Globalisierungskritik befassen wollen. Unter dem Motto „WAS? Wissen, Aktion, Strategie für eine solidarische Welt!“ bietet Attac vom 5. bis 9. August im schönen Marburg an der Lahn ökonomische Alphabetisierung quer durch das vielfältige Attac-Themenspektrum an.

Im Zentrum steht dieses Jahr der Attac-Jahresschwerpunkt „Wachstumskritik: globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“. Die Globalisierung der Wirtschaft fordert viele Opfer: Umweltkatastrophen nehmen zu, die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer, Kriege um jede Art von Ressourcen sind nicht mehr einzudämmen, überall wächst die Angst vor globaler Konkurrenz – und unsere PolitikerInnen müssen sich fragen lassen, ob sie ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht bereits an die weltweit agierenden Konzerne verloren haben.

Bei alldem geht es nicht darum, Globalisierung reflexhaft abzulehnen, sondern die ihr zugrundeliegenden Mechanismen zu durchschauen, Kritik zu üben und alternative Strategien aufzuzeigen.




Leitfragen sind dabei folgende: Wie hängen globale Armut, Umweltzerstörung und unser aktuelles Wirtschaftssystem zusammen? Wie können Alternativen und Lösungsstrategien aussehen, wenn das Ziel des Wirtschaftens der Profit auf Kosten von Schwächeren und der Umwelt ist? Und wie lassen sich gemeinsame Strategien entwickeln und Lösungen umsetzen?

Die Sommerakademie bietet eine Auseinandersetzung mit diesen Themen in entspannter Atmosphäre. Gemeinsam mit gleichgesinnten TeilnehmerInnen und vielen interessanten ReferentInnen werden wir spannende Veranstaltungen draußen und drinnen erleben. Umrahmt wird das Ganze von einer gemeinsamen politischen Aktion sowie einem vielseitigen kulturellen Rahmenprogramm.

Für die kostenlose Übernachtung stehen in der Schule Klassenräume und die Turnhalle zur Verfügung, außerdem gibt es eine große schöne Wiese zum Zelten.

Mehr Informationen, erste Programmankündigungen und die Möglichkeit sich anzumelden unter www.attac.de/sommerakademie



# Internationaler Gipfel der Alternativen

## Vom 3. bis 4. Juni 2015 in München




Im eher beschaulichen Elmau, am Rande der Alpen, wird am 7. und 8. Juni dieses Jahres einiges los sein. Die RegierungschefInnen der G7-Staaten treffen sich dort zu ihrem diesjährigen Gipfel. Traditionell dienen diese Treffen dazu, auf informeller Ebene gemeinsame politische Projekte zu koordinieren. Nach dem Hinauswurf von Russland aus dem erlesenen Kreis nehmen neben dem Gastgeber Deutschland noch die Regierungen der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans am Gipfel teil. Trotz des eher informellen Charakters des Zusammenkommens haben die dort getroffenen Verabredungen angesichts der ökonomischen und militärischen Potenz der vertretenen Staaten Auswirkungen auf die politischen und sozialen Verhältnisse in der gesamten restlichen Welt. Und dies ohne jegliche politische Legitimität.

Ein breites Spektrum von Gruppen nimmt den G7-Gipfel zum Anlass, Kritik an der herrschenden Politik zu äußern. Lokale Attac-Gruppen beteiligen sich an der Demo am 4. Juni in München und am 6. Juni in Garmisch. Auch bei den Aktionen direkt am Tagungsort werden Aktive von Attac dabei sein. Attac Deutschland ist Mitveranstalter des „Gipfel der Alternativen“, der am 3. und 4. Juni in München stattfindet. Dort sollen ökonomische, ökologische, menschenrechtliche und friedenspolitische Alternativen zur Politik der G7 vorgestellt und diskutiert werden. Unter anderen werden Jayati Ghosh, Wirtschaftswissenschaftlerin aus Indien, und Jean Ziegler, der profilierte Globalisierungskritiker aus der Schweiz, beim „Gipfel der Alternativen“ sprechen. Attac organisiert zusammen mit Brot für die Welt und Germanwatch eine Veranstaltung zur globalen Energiegerechtigkeit. Sixbert Mwanga, Klimaaktivist aus Tansania, Tina Keller, Anti-Kohle-Aktivistin und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac, Willi Lüpkes, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg und andere diskutieren dort über den Zusammenhang von Energiewende und sozialer Gerechtigkeit. In einer weiteren Veranstaltung widmen wir uns gemeinsam mit der entwicklungspolitischen NGO Erlassjahr den Finanzmärkten und den (öffentlichen) Schulden.

www.alternativgipfel.org

# Aus dem Attac-Shop

*Rolf Becker, Nicos Chilas, Bernd Köhler, Volker Lösch, Birgit Mahnkopf, Alexis Passadakis, Norman Paech, Karl Heinz Roth, Werner Rügemer, Walter Sittler, Dorothee Vakalis, Sahra Wagenknecht, Winfried Wolf, Mag Wompel u.a. (Hg.):*
**FaktenCheck: Hellas**
*Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland*


FaktenCheck: HELLAS
Waterboarding-Folter und Griechenland-Krise

Diese Zeitung erscheint in einer Zeit, in der die EU den Wirtschaftskrieg gegen die griechische Regierung intensiviert, sich die soziale und finanzielle Krise in Griechenland dramatisch verschlechtert und Millionen Menschen in Europa hoffen, dass der demokratische Neubeginn in Griechenland sich zu einem demokratischen und sozialen Aufbruch in ganz Europa entwickelt. Sie gibt einen guten Einblick in die aktuelle Situation in Griechenland und die Folgen der europäischen Verarmungspolitik für die Bevölkerung und zeigt auch hoffnungsvolle Ansätze.
*Zeitung, Zeitungsformat, 8 S., 0,25 EUR (ab 100 St. 0,15 EUR).*

*Thilo Bode:*
**Die Freihandelslüge**
*Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet*




In Deutschland und Europa wächst der Widerstand gegen das geplante TTIP. Auch Attac engagiert sich von Anfang an gegen dieses Freihandelsabkommen. Dieses Buch vereint geballtes Hintergrundwissen: Thilo Bode schildert anschaulich und mit analytischer Schärfe, wie TTIP VerbraucherInnenrechte und Umweltstandards gefährdet. Die Konzerne drohen über unsere Zukunft zu bestimmen – stärkere ArbeitnehmerInnen- und VerbraucherInnenrechte hängen ebenso wie ein wirkungsvoller Umweltschutz von ihrer Gnade ab. Dies gilt es mit aller Macht zu verhindern. Bode zeigt, worum es bei den Geheimverhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA geht und was für uns alle auf dem Spiel steht.
*Gebunden mit Schutzumschlag, 272 Seiten, 14,99 EUR*

Bestellungen wie immer online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069–900 281–10 oder per Fax an 069–900 281–99

## Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

**Umgezogen?**
**Adresse falsch?**

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



# Für ein Ende der tödlichen Austeritätspolitik!

Auch wenn es die BILD-Zeitung anders sieht: Die Geschichte des faulen Griechen, der jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt hat, gehört ins Reich der Legenden. Fakt ist: Griechenlands Probleme haben ihre Ursachen nicht in Verschwendungssucht oder Faulheit. Fakt ist auch: Die „Rettungsschirme" kamen bei der verarmten Bevölkerung nicht an; fast 80 Prozent der angeblichen Griechenland-Hilfe flossen zurück in den Finanzsektor. Statt Menschen wurden einmal mehr Banken gerettet. Und, schlimmer noch: Die von der Troika im Gegenzug für diese „Hilfe" geforderten Strukturanpassungsprogramme verschärfen die Situation zusätzlich, die Wirtschaftsleistung schrumpfte um ein Viertel. Seit Beginn der so genannten Griechenlandrettung stiegen sowohl die Zahl der Suizide, als auch die Säuglingssterblichkeit um fast 50 Prozent. Diabetiker müssen sich entscheiden, ob sie sich Insulin oder Nahrungsmittel kaufen wollen, die Arbeitslosigkeit stieg auf 27, bei Jugendlichen sogar auf über 50 Prozent.

Viele dieser Entwicklungen sind der allgemeinen Öffentlichkeit noch nicht bekannt; dort müssen wir ansetzen, um eine breite Unterstützung für eine solidarische Politik zu erreichen. Seit Beginn der Eurokrise macht sich Attac für Alternativen zur europäischen Verarmungspolitik stark. Ein wichtiges Element dieses Engagements ist die Aufarbeitung von Information für ein breites Publikum – wie in unserem neuen Erklärvideo zur Austeritätspolitik, das in wenigen Minuten das komplexe Thema nachvollziehbar macht und im Internet viele tausend Menschen erreichen wird (im Netz unter www.attac.de/eurokrise).

**Um solche Materialien produzieren zu können, sind wir auf Spenden angewiesen. Unterstütze uns jetzt auch finanziell – für eine solidarische Europapolitik in einer ebensolchen Welt!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!




## Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; diese Gemeinnützigkeit ist aktuell aber durch das Finanzamt in Frage gestellt. Wir befinden uns deshalb in einem Klärungsprozess, sind aber zuversichtlich, dass die Gemeinnützigkeit unseres Engagements auch vom Finanzamt wieder bestätigt wird. Bis dahin können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF1502

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE